

VEREINBARUNG ZWISCHEN DEN FRAKTIONEN VON



IM STADTBEZIRKSRAT DÖHREN-WÜLFEL DER LANDESHAUPTSTADT HANNOVER

FÜR DIE WAHLPERIODE 2011-2016

Inhalt

- A Präambel
- B Verkehr
- C Bau, Energie, Wirtschaftsförderung
- D Umwelt, Naturschutz, Naherholung
- E Schule, Kitas, Sozialer Stadtbezirk, Sport und Kultur
- F Zusammenarbeit

A PRÄAMBEL

SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die ökologische und soziale Gestaltung der Stadtteile Döhren-Wülfel ein.

Um dies zu erreichen, vereinbaren SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine kontinuierliche Zusammenarbeit in der Wahlperiode 2011-2016 zu den hier dokumentierten Sachthemen und treten gemeinsam für ihre Umsetzung ein.

Diese inhaltliche Rahmenvereinbarung ist keine Koalition, sondern beschränkt sich auf die im nachfolgenden aufgeführten Ziele und Bezirksratsanträge.

Die Fraktionen achten und respektieren ihre unterschiedliche politische Identität. Folgerichtig kann es zu Themen, die nicht diese gemeinsame Vereinbarung betreffen und zu denen keine gemeinsame Position gefunden wird, durchaus zu unterschiedlichem Abstimmungsverhalten und wechselnden Mehrheiten kommen.

Inhaltliche Rahmenvereinbarung

Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vereinbaren die folgenden konkreten Ziele und Vorhaben, für die sie gemeinsam im Bezirksrat eintreten werden:

B VERKEHR

1. Frauenfreundliche Stadt- und Gemeindeplanungen, z. B. leicht einsehbare, ausreichend beleuchtete Über- und Unterführungen, Parkplätze, Fuß- und Radwege, Haltestellen, öffentliche Anlagen *(Antrag Bündnis 90/Die Grünen)*
2. Sicherung von Schul- und Kindertagesstätten-Wegen durch eindeutige Fahrbahnmarkierungen und Überwege *(Antrag Bündnis 90/Die Grünen)*
3. Weiterentwicklung und Instandhaltung eines flächendeckenden Fuß- und Radwegenetzes, wie z.B. Sanierung des Fahrradweges Salzburger Straße, Fortsetzung des vorhandenen Fahrradweges Zeissstrasse; Sanierung des Fahrradweges Wilkenburger Straße *(Antrag Bündnis 90/Die Grünen + SPD)*
4. Technische Nachrüstung von Fußgängerampeln für seh-, hörbehinderte und blinde Menschen im Zuge der Inklusion, z.B. an den Übergängen Hildesheimer Straße/Loccumer Straße, Am Schafbrinke/bei Abbiegung Wolfstraße *(Antrag Bündnis 90/Die Grünen + SPD)*
5. Installation von zusätzlichen Fahrradbügeln an den Stadtbahnhaltestellen, insbesondere am Döhrener Turm sowie zusätzlich am Stadtfriedhof Seelhorst, und an zentralen Bushaltestellen sowie Schaffung von insbesondere überdachten Fahrradstellplätzen an exponierten Stellen *(Antrag Bündnis 90/Die Grünen + SPD)*
6. Unterstützung für den Bau einer S-Bahn-Haltestelle Waldhausen und der Einrichtung mit Fahrradbügeln, Fahrradleihstationen, Vorrichtungen für Elektro-Mobilität und Park- & Ride-Plätzen. Bei der Planung müssen eine Anbindung auch an das Busnetz, eine ausreichende Zahl von Fahrrad/Garagen-Bügel sowie Autoparkplätze vorgesehen werden. Bei der Gestaltung der S-Bahn-Haltestelle soll ein „Firmenwegweiser“ für die Geschäfte in der Fiedeler Straße aufgestellt werden. *(Antrag Bündnis 90/Die Grünen + SPD)*
7. Bordsteinabsenkungen an Straßenübergängen für Mobilitätseingeschränkte sowie für Familien mit Kinderwagen, z.B. Zeißstraße Richtung Waldheim *(Antrag SPD + Bündnis 90/Die Grünen)*
8. An erforderlichen Stellen Maßnahmen gegen das Zuparken schaffen *(Antrag SPD)*

9. Benennung von neuen Straßen vorrangig nach weiblichen Persönlichkeiten (Antrag Bündnis 90/Die Grünen).
10. Errichtung weiterer Wartehäuschen an Bushaltestellen (Antrag SPD + Bündnis 90/Die Grünen)
11. Optimierung der Ampelschaltungen im Stadtbezirk (Antrag SPD)
unter Beibehaltung der Vorrangschaltung des ÖPNV
12. Sämtliche Bushaltestellen im Stadtbezirk sind so zu gestalten, dass der barrierefreie Zugang gewährleistet ist (Antrag der SPD)
13. Überprüfung und ggfls. Ausweitung des Fahrplans der Buslinie 134 (Antrag der SPD)
14. Errichtung von Altglas- und Altkleidercontainern auf den Parkplätzen von Einkaufszentren und Getränkemarkten, Platzierung von zusätzlichen Abfallkörben neben den Altglascontainern (Antrag SPD)
15. Aufstellung weiterer Hundetütenspender und Vermittlung entsprechender Patenschaften (Antrag SPD + Bündnis 90/Die Grünen)

C BAU, ENERGIE, WIRTSCHAFT

1. Ausweitung von Fassaden- und Dachbegrünung an öffentlichen Gebäuden, z. B. Suthwiesenschule (Antrag Bündnis 90/Die Grünen)
2. Weitere Entsiegelung von öffentlichen Flächen (z. B. durch Schotterrasen, Rasenpflaster) (Antrag Bündnis 90/Die Grünen).
3. Einsatz für den Erhalt der Bausubstanz der Schulen im Stadtbezirk Döhren (Antrag Bündnis 90/Die Grünen + SPD)
4. Ausweitung der Energiesparmaßnahmen in allen öffentlichen Gebäuden der Stadt (Wärmedämmmaßnahmen, Lichtsanierung), energieoptimiertes Gebäudemanagement (Antrag Bündnis 90/Die Grünen + SPD)
5. Ökologische Umgestaltung der Spielplätze für Kinder und altersentsprechende Plätze für Jugendliche, die Raum bieten für elementare Umwelterfahrungen, Bewegung und Kreativität. Bei der Um- bzw. Neugestaltung von Spielräumen und Treffpunkten soll die Kinder- und Jugendbeteiligung fortgeführt werden (Antrag Bündnis 90/Die Grünen + SPD)
6. Schaffung von Mehr-Generationen-Spielplätzen und –Spielorten (Antrag Bündnis 90/Die Grünen)

7. Ausschöpfung der Möglichkeiten des Baurechts für umweltgerechtes Bauen (Solarenergie, PlusEnergie-Häuser, Regenwassernutzung usw.). Falls neue Baugebiete im Stadtbezirk ausgewiesen werden, SOLLEN diese Häuser im PlusEnergiehaus-Standard errichtet werden (*Antrag Bündnis 90/Die Grünen*)
8. Der Neubau städtischer Gebäude im Stadtgebiet hat vorrangig im PlusEnergiehaus-Standard zu erfolgen (*Antrag Bündnis 90/Die Grünen*).
9. Unterstützung von Projekten zur regenerativen und dezentralen Energieerzeugung in unseren Stadtteilen. Hierzu gehört auch das geplante Wasserkraftwerk am Leinewehr („Döhrener Wolle“) und die Kampagne/Solaratlas Hannover „Eine Million Quadratmeter Solarstromfläche für Hannover bis 2020“ (*Antrag Bündnis 90/Die Grünen + SPD*)
10. Unterstützung des Baus von barrierefreien Wohnungen und Barrierefreiheit beim Neu- bzw. Umbau von öffentlichen Gebäuden, Geschäften und Gaststätten (*Antrag Bündnis 90/Die Grünen + SPD*)
11. Ansiedlungen neuer Industrie-, Gewerbegebäude und Wohnanlagen sollen möglichst auf bereits erschlossenen Flächen (*Antrag Bündnis 90/Die Grünen*)
12. Verbesserung der Infrastruktur im Wohngebiet Seelhorst-Ost (*Antrag SPD*)
13. Stärkung der lokalen Wirtschaft: Bei öffentlicher Mittelvergabe sollen zuvor Angebote lokaler Betriebe im Stadtteil angefragt werden (*Antrag Bündnis 90/Grüne + SPD*)
14. Weiterentwicklung des attraktiven Expo-Geländes, das neu zu unserem Stadtteil gehört (*Antrag SPD + Bündnis 90/Die Grünen*)
15. Stärkung der lokalen Wirtschaft durch Vernetzung und verbesserte Informationen; Aufbau einer Ausbildungsplatzbörse (*Antrag SPD*)
16. Förderung der Kooperation zwischen Kindergärten, Schulen und lokaler Wirtschaft (*Antrag SPD*)
17. Weiterführung der Integrativen Stadtteilarbeit (ISA) in Wülfel (*Antrag SPD*)

D UMWELT, NATURSCHUTZ, ERHOLUNG

1. Weitere Förderung von Streuobstwiesen mit alten Obstsorten und Unterstützung von Baumpatenschaften auf diesen Wiesen und im weiteren Stadtgebiet (*Antrag SPD/Bündnis 90/Die Grünen*)

2. Prüfung, inwieweit Badestellen/Strände an der Leine im Döhrener Stadtgebiet (z. B. zwischen Ende der Leineinsel und Kanuverein) geschaffen werden und Flussbaden ermöglicht werden kann. Naturschutzverbände sowie Angel- und Sportvereine sollen bei der Prüfung miteingebunden werden (*Antrag Bündnis 90/Die Grünen*)
3. Grundsätzlich Erhalt von Grünflächen und Schutz von ökologisch wertvollen, artenreichen Wildnisflächen in den Stadtteilen (*Antrag Bündnis 90/Die Grünen*)
4. Ersatzmaßnahmen für nicht-vermeidbare Eingriffe in den Naturhaushalt sollen möglichst zeitnah und im Stadtbezirk stattfinden (*Antrag Bündnis 90/Die Grünen*)
5. Ausweitung der Parkranger-Arbeit. Ausdrücklich fordern wir ihren Einsatz speziell in unserem Stadtbezirk zur Verringerung von Vandalismus, Lärm, Falschparkern, Müll und Hundekot. Zusätzlich zu ihren bisherigen Tätigkeiten sollen die Parkranger auch das Alkoholverbot auf den Spielplätzen kontrollieren (*Antrag Bündnis 90/Die Grünen*).
6. Unterstützung der Ziele des Lärmaktionsplanes, der zum einen die Einwohner vor hohen Lärmemissionen schützt und zum anderen die Zunahme des Lärms vermeidet (*Antrag SPD*)
7. Errichtung eines Beobachtungsturmes auf dem Rodelberg Döhren (*Antrag SPD*)
8. Erhalt und Förderung der Leine-Auen- und Wiesenlandschaft, des bedeutendsten Naturschutz- und Naherholungsgebietes des Stadtbezirkes Döhren-Wülfel (*Antrag SPD*)
9. Initiierung eines Projektes „Barrierefreie Kleingärten“ (*Antrag SPD*)

E SCHULE, KITAS, SOZIALER STADTBEZIRK, SPORT & KULTUR

1. Bedarfsgerechte Öffnungszeiten und ausreichende Anzahl von Ganztagsplätzen in den Kindertagesstätten und Krippen. Wo dies möglich und gewünscht wird, sollen Kitas zu Familienzentren ausgebaut werden (*Antrag SPD + Bündnis 90/Die Grünen*)
2. Ausbau und Schaffung weiterer verlässlicher Ganztagschulen mit entsprechender personeller und finanzieller Ausstattung (*Antrag SPD + Bündnis 90/Die Grünen*)

3. Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Kindergärten und Grundschulen zur Erleichterung des Übergangs zwischen diesen Bildungseinrichtungen (z. B. durch Aktionen wie das „Lesewichtelprojekt“) (Antrag Bündnis 90/Die Grünen)
4. Förderung gesunder Ernährung in Schulen und Kindertagesstätten (Antrag Bündnis 90/Die Grünen)
5. Weitere Förderung zweisprachiger Kitas (z. B. Die kleinen Gallier, Villa KinderReich) und Grundschulen (Suthwiesenschule). Weitere Förderung alternativer Schulformen wie der Glockseeschule. (Antrag Bündnis 90/Die Grünen)
6. Förderung von Integrationsprojekten an Schulen, Kitas und in der offenen Jugendarbeit, wie z. B. im Kleinen Jugendtreff Wülfel (Antrag SPD + Bündnis 90/Die Grünen)
7. Unterstützung von Präventionsprogrammen an Schulen, Kitas und in der offenen Jugendarbeit, z. B. gegen sexuellen Missbrauch und häusliche Gewalt (Antrag SPD + Bündnis 90/Die Grünen)
8. Stärkung der Arbeit des Kommunalen Kriminal Präventionsrates/KKP (Antrag SPD)
9. Stärkung und Ausbau des Nachbarschaftstreffs und des Freiwilligen-Dienstes in Mittelfeld (Antrag SPD)
10. Erhaltung, Aufwertung, Modernisierung und energetischer Umbau der Stadtteilbibliothek Döhren. Vorstellbar wäre dabei z. B. ein Glasdach im Atrium, um es als Spielfläche für Kinder und Jugendliche zu nutzen. Die Stadtteilbibliothek soll insbesondere auch im Hinblick auf die Teilhabechancen behinderter Menschen an Informations- und Kommunikationssystemen modernisiert und für altersübergreifende Bildungsangebote (lebensbegleitendes Lernen) modernisiert werden. (Antrag SPD/Bündnis 90/Die Grünen)
11. Förderung neuer Wohnformen, z. B. Mehrgenerationenhäuser und betreutes Wohnen auch außerhalb von Heimen, Seniorenwohnprojekte (Antrag Bündnis 90/Die Grünen)
12. Unterstützung von politischen Jugendaktivitäten (z. B. Kinderversammlung, Jugendforum), um so den Kindern und Jugendlichen die demokratischen Abläufe näher zu bringen und verstärktes Einbeziehen von Kindern und Jugendlichen in die Stadtbezirksplanung. In enger Zusammenarbeit mit Kindergärten, Schulen und Jugendzentren sind unter anderem weitere Besuche der Kindergartenvertretung oder die Einladung von KlassensprecherInnen in den Bezirksrat geplant (Antrag SPD/Bündnis 90/Die Grünen)

13. Unterstützung von Elternbildungsprojekten, wie zum Beispiel HIPPY oder Elternwerkstatt (*Antrag SPD + Bündnis 90/Die Grünen*)
14. Unterstützung des Gleisdreiecks als politisch-kultureller Tagungsort und Zentrum (*Antrag Bündnis 90/Die Grünen*)
15. Stärkung der Kulturszene und Förderung vielfältiger Kulturangebote in den einzelnen Stadtteilen, wie z. B. Kulturspaziergang, Jazz auf dem Fiedeler Platz etc. (*Antrag SPD/Bündnis 90/Die Grünen*)
16. Bei der Mittelvergabe des Bezirksrates soll eine stärkere Berücksichtigung sozialer, ökologischer Verbände und Projekte im Stadtbezirk erfolgen (*Antrag Bündnis 90/Die Grünen*)
17. Weiterführung der energetischen Sanierung von Sportstätten, wie z. B. Union 06 (*Antrag SPD + Bündnis 90/Die Grünen*)
18. Bei der Schaffung und dem Ausbau weiterer Krippen- und Kita-Plätze soll die Stadt zur Qualitätssicherung eine tarifgerechte Entlohnung der ErzieherInnen (nach TVÖD) zur Auflage machen. (*Antrag SPD + Bündnis 90/Die Grünen*)
19. Erhalt des „Lückekinder-Programms“ (Angebote für 10- bis 14jährige), wie z. B. der Ev.-Freikirchl. Gemeinde am Döhrener Turm, des Spielparks Döhren und des Mittelfelder Jugendzentrums, solange es kein flächendeckendes Ganztagschulprogramm mit qualifizierten hochwertigen Lernangeboten gibt (*Antrag SPD + Bündnis 90/Die Grünen*)
20. Einrichtung eines Seniorenbüros in Döhren; denkbar wäre eine gut erreichbare Ansiedlung im Mehr-Generationen-Haus oder in der auszubauenden Stadtteilbibliothek oder weiteren, gut erreichbaren Einrichtungen (*Antrag SPD*)
21. Schaffung von Planungssicherheit durch die Landeshauptstadt Hannover für die Kulturinitiative Döhren-Wülfel-Mittelfeld und andere Gruppen der Stadtteilkultur (*Antrag SPD + Bündnis 90/Die Grünen*)
22. Förderung der zeitgenössischen Kunst im Stadtbezirk Döhren-Wülfel (*Antrag SPD*)
23. Weiterentwicklung eines Jugendzentrums mit dem Schwerpunkt Sport als Projekt, insbesondere in Zusammenarbeit mit Sportvereinen (*Antrag SPD*)
24. Schaffung eines Familienzentrums in Döhren als Projekt, neben dem bestehenden Mittelfelder Zentrum (*Antrag SPD + Bündnis 90/Die Grünen*)
25. Entwicklung von generationsübergreifenden Projekten (u.a. PC-Kurse) (*Antrag SPD*)

26. Umsetzung der Maßnahme „Vernetzung und Kooperation“ im Rahmen des Sportentwicklungsplans der Landeshauptstadt für den Stadtbezirk Döhren-Wülfel (*Antrag SPD + Bündnis 90/Die Grünen*)
27. Begleitung der nachhaltigen Projekte „Treffpunkt der Kulturen“ und „Bürgerforum“ (*Antrag SPD*)
28. Weiterentwicklung des Integrationsbeirats Döhren-Wülfel und Förderung des kommunikativen Austauschs zwischen den verschiedenen, im Stadtbezirk beheimateten, Gruppen (*Antrag SPD + Bündnis 90/Die Grünen*)
29. Umsetzung der Inklusion mit Augenmaß unter Beibehaltung der Christian-Andersen-Förderschule (*Antrag SPD + Bündnis 90/Die Grünen*)

F ZUSAMMENARBEIT

a) Regelmäßige Konsultationen

Die Fraktionen werden die gemeinsame Bezirksratsarbeit durch regelmäßige gegenseitige Konsultationen koordinieren, um die Erreichung der vereinbarten, gemeinsamen politischen Ziele zu fördern.

b) Anträge der Fraktionen zur inhaltlichen Rahmenvereinbarung

Die Fraktion stellt die von ihr im Rahmen dieser Vereinbarung eingebrachten Anträge in eigener Verantwortung. Jede Fraktion unterstützt hierbei die Anträge der jeweils anderen Fraktion mit ihren Stimmen. Darüber hinaus sind natürlich auch gemeinsame Anträge möglich.

c) Eventuelle Änderungsanträge zu Themen aus den Rahmenvereinbarungen

Anträge einer Fraktion sollen nach Möglichkeit nicht mit Änderungsanträgen „überregelt“ werden. Liegen Änderungswünsche vor, weil zum Beispiel nicht vorhersehbare Aspekte oder Ereignisse die Ausgangslage verändert haben, werden diese bei den regelmäßigen Konsultationen erörtert, um der Antragstellenden Fraktion die eigenverantwortliche Einbringung eines eigenen Änderungsantrages zu ermöglichen.

d) Anträge Fraktionen, die nicht zur Rahmenvereinbarung gehören

Den Fraktionen steht es frei, eigene Anträge zu Sachverhalten, die nicht in dieser Vereinbarung geregelt sind, in eigener Verantwortung und ohne Absprache zu stellen. Bei den regelmäßigen Konsultationen soll erörtert werden, ob zu solchen Anträgen die Zustimmung der anderen Fraktionen möglich ist.

e) Anträge anderer Fraktionen oder einzelner Bezirksratsmitglieder sowie Verwaltungsanträge

Anträge von anderen Fraktionen des Bezirkrates oder Einzelmitglieder sowie Verwaltungsanträge sollen im Rahmen der regelmäßigen Konsultationen darauf geprüft werden, ob Sachverhalte, die in dieser Vereinbarung inhaltlich geregelt sind, direkt oder dem Sinne nach tangiert werden. Ist dies der Fall, werden die Fraktionen ihr Abstimmungsverhalten gemeinsam darauf ausrichten, dass es der getroffenen inhaltlichen Vereinbarung entspricht. Sind Änderungs- oder Zusatzanträge nötig, werden sie nach Möglichkeit von der Fraktion gestellt, die für den betroffenen Sachverhalt in dieser Vereinbarung inhaltlich verantwortlich zeichnet.

Bei Anträgen von anderen Fraktionen oder einzelnen Bezirksratsmitgliedern zu Themen, die nicht die gemeinsame Rahmenvereinbarung betreffen, ist das Abstimmungsverhalten beider Fraktionen ausdrücklich frei.

f) Zusammenarbeit mit den Parteigremien, den Fraktionen des Rates und der Region

Die Mitglieder der Fraktionen setzen sich für gemeinsam gefasste Beschlüsse in ihren Parteigliederungen und gegenüber ihren jeweiligen Fraktionen im Rat der Landeshauptstadt Hannover und der Region Hannover ein und werben für ihre Umsetzung.

Bürgermeister/-in, stellvertretende/r Bürgermeister/-in

SPD und Bündnis 90/Die Grünen dokumentieren ihren Willen zur Zusammenarbeit durch die gemeinsame Wahl eines Mitglieds der SPD-Fraktion zum/zur Bezirksbürgermeister/in und eines Mitglieds der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen zum/zur Stellvertretende/n Bezirksbürgermeister/in.



Hannover, den 2. November 2011

Für die Fraktionen & ParteivertreterInnen

SPD



Bert Oltersdorf
(Fraktionsvorsitzender)



Jens Schade
(Stellv. Fraktionsvorsitzender)



Antje Kellner
(Stellv. Fraktionsvorsitzende)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



Eva-Maria Hartmann
(Fraktionsvorsitzende)



Dr. Hans Linde
(Stellv. Fraktionsvorsitzender)



Björn Johnsen
(Stellv. Fraktionsvorsitzender)

Die weiteren Mitglieder der SPD-Fraktion:



Christine Ranke-Heck



Sascha Glade



Anja Schollmeyer



Mehmet Kibar

Die weiteren Mitglieder der GRÜNEN Fraktion:



Claudia Meier

Für die SPD-Verhandlungskommission:



Dr. Gudrun Koch, Ratsfrau



Angelo Alter, OV-Vorsitzender

Für die GRÜNE Verhandlungskommission:



Mark Bindert, Ratsherr



Martin Knoess, Stadtteilgruppen-Sprecher